



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 34. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 17. Juni 2020, 14:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Matthias Seestern-Pauly, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 7**

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 7**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema
„Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Ein
partizipativer Staat – Zukunft gestalten“



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 7
Wortprotokoll	Seite 8



Kilo. öf

19. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Sitzung der Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 17. Juni 2020; 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU Wiesmann, Bettina Margarethe		CDU/CSU Launert Dr., Silke	_____
SPD Rüthrich, Susann		SPD Bahr, Ulrike	_____
AFD Huber, Johannes		AFD Harder-Kühnel, Mariana Iris	_____
FDP Seestern-Pauly, Matthias		FDP Föst, Daniel	_____
DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert		DIE LINKE. Werner, Katrin	_____

12. Juni 2020

Anwesenheitsliste

Seite 1 von 2

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro

Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339

Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

4.6.20

19. Wahlperiode

Sitzung der Kinderkommission (19. Ausschuss)
Mittwoch, 17. Juni 2020, 14:30 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u> Schneidewind-Hartnagel, Charlotte		<u>BÜ90/GR</u> Dörner, Katja	

12. Juni 2020

Anwesenheitsliste

Seite 2 von 2

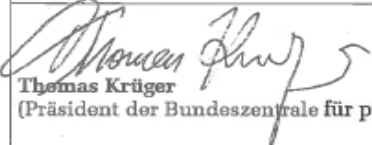
Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro

Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339

Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datschutz>.



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Partizipation von Kindern und Jugendlichen –
Ein partizipativer Staat – Zukunft gestalten“
am Mittwoch, dem 17. Juni 2020, 15.30 Uhr**

Name	Unterschrift
 Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung)	



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Matthias Seestern-Pauly	8, 12, 13, 14, 15, 17, 18
Abg. Susann Rüthrich	13, 16
Abg. Johannes Huber	12, 16
Abg. Norbert Müller	14
Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel	15

Sachverständige

Thomas Krüger	8, 12, 13, 14, 15, 16, 17
---------------	---------------------------



Tagesordnungspunkt 1

Verschiedenes

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

Tagesordnungspunkt 2

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Ein partizipativer Staat – Zukunft gestalten“

Vorsitzender: Zu unserem öffentlichen Expertengespräch darf ich den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Herrn Thomas Krüger, begrüßen. Wir freuen uns alle sehr, dass Sie heute bei uns sind. Es geht um den Themenschwerpunkt Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Damit beschäftigen wir uns schon eine ganze Weile, hatten verschiedenste Fachgespräche über die kommunale Ausgestaltung vor Ort, bis hin zu Facebook, wo wir einen externen Besuch hatten. Wir wollten eigentlich auch eine Schule besuchen, mussten dann aufgrund der aktuellen Lage das Gespräch dann hierher verschieben und haben uns mit einer Schulleiterin ausgetauscht. Heute freuen wir uns, auch von Ihnen Einblicke zu erhalten. Sie würden wie eben besprochen mit einem Eingangsstatement zwischen 10 bis 15 Minuten beginnen und dann gehen wir in eine Fragerunde. Herr Krüger, Sie haben das Wort.

Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung hierher. Ich habe von Ihnen drei Fragen mit auf den Weg bekommen und würde anhand dieser drei Fragen versuchen, kurz einzuleiten.

Die erste Frage: Welche Formen gesellschaftlicher und politischer Partizipation für Kinder und Jugendliche werden durch die Möglichkeiten der Digitalisierung eröffnet? Zunächst ist auf den allgemeinen Diskurs von Beteiligung und Teilhabe, wie er in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegt ist, hinzuweisen. Dort sind die Beteiligungsrechte

sehr prominent verankert. Für alle Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen ist auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen. Aber im Zusammenhang mit Digitalisierung kommen natürlich weitere Artikel der UN-Kinderrechtskonvention in den Blick, der Artikel 13, die Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit, und natürlich der Artikel 17, der Zugang zu den Medien. Und das spielt deshalb eine große Rolle, weil Kinder und Jugendliche sich in den Medien und vor allem in den digitalen Medien, in den sozialen Medien sehr intensiv begegnen.

Die verschiedenen Studien über den Mediengebrauch von Kindern und Jugendlichen will ich Ihnen kurz in Erinnerung rufen. Die JIM-Studie spricht davon, dass es faktisch seit 2019 keine Offliner mehr gibt. In der Altersgruppe von 12 bis 24 und gesteigert mit zunehmendem Alter ist es so, dass kein Offline-Bereich mehr feststellbar ist. Auf der anderen Seite hat sogar die Anzahl derjenigen, die „always on“ sind, d. h. also mehrfach am Tag online unterwegs sind, in der Gesamtpopulation der betroffenen Kinder und Jugendlichen zugenommen. Und die Studien sprechen hier ganz eindeutig davon, dass faktisch von Kindern und Jugendlichen auch nicht mehr unterschieden wird zwischen analog und digital. Also das Digitale ist, wenn man so will, Teil der Alltagserfahrung, genauso wie das Analoge. Alles ist digital oder alles ist analog, je nach dem aus welcher Perspektive man das sieht.

Einmal geht es um die Erfahrung direkter Kommunikation. Und das wird durch soziale Medien stark unterstützt. Direkte Kommunikation meint, dass man nicht mehr auf Gatekeeper für die Meinungsbildung angewiesen ist, sondern dass mit den sozialen Medien ein direkter Einstieg, eine direkte Beteiligung für bestimmte Diskurse, bestimmte Aktivitäten und Interaktion möglich ist. Das ist ein qualitativ neuer Aspekt, der von Kindern und Jugendlichen auch sehr intensiv wahrgenommen wird. Zum Zweiten ist es so, dass sich die Kommunikation verändert hat. Das, was wir sozusagen klassisch Kommunikation nennen, hat sehr viel mit verbalen Ausdrucksformen und mit textbasierter



Kommunikation zu tun. Bei Kindern und Jugendlichen beobachtet man, dass die audiovisuellen Codes von Kommunikation einen ganz starken Bedeutungszuwachs erfahren. Und das führt klassischerweise in der Analyse bei bestimmten Diskursen zu Unschärfen, auf der anderen Seite aber zu mehr Empathie, Visualität, Sichtbarkeit bestimmter Aspekte. Das heißt also, der Turn, weg von reiner Textkommunikation hin zu audiovisueller Kommunikation, spielt bei Kindern und Jugendlichen eine sehr starke Rolle. Das verändert auch das Lernverhalten und auch die Aneignung von bestimmten Fragen des politischen Interesses.

Sie haben in Ihrer zweiten Frage mich als Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung direkt adressiert und gefragt, was wir als politische Bildner in diesem Feld machen? Und ich kann Ihnen ganz kurz gerafft einen Rückblick geben in die frühen 2000er Jahre, als wir festgestellt haben, politische Bildung funktioniert am besten da, wo die Leute schon politisch gebildet sind. Die Frage ist: Wie kommen wir eigentlich an diejenigen heran, die die klassischen Formen politischer Bildung gar nicht wahrnehmen, die benachteiligt sind, bildungsbenachteiligt sind usw.? Und da haben wir uns angeguckt, was die Leute eigentlich machen. Hier spielen die Medienwelten als Teil der Alltagswelten eine eminente Rolle, und zwar drei verschiedene Formen, an denen wir damals angesetzt haben und unsere Strategien entwickelt haben.

Zum einen im Fernsbereich. Wir können das als ältere Semester bedauern, aber die Öffentlich-Rechtlichen spielen da keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Deshalb ist für uns als Bundeszentrale unser Lieblingssender für solche TV-Kooperationen eigentlich RTL 2. Das ist eher der politikfreieste der privaten Sender. Aber es funktioniert relativ viel mit der Zielgruppe „Jugendliche“. Das Zweite ist der Gamingbereich. Onlinespiele oder das Spielen auf entsprechenden Plattformen hat stark zugenommen und bestimmt den Alltag von vielen Kindern und Jugendlichen, übrigens auch Erwachsenen. Vor allem sind es männliche Kinder und Jugendliche, die im Spielebereich sehr stark unterwegs sind und

darüber auch kommunizieren. Hier wird parallel zum Spiel kommuniziert und über andere Endgeräte die präferierten Sounds eingespielt. Dazu läuft gleichzeitig noch eine Live-Telefonleitung zu den Mitspielern. Das heißt, das ist nicht etwa ein Spiel, das man alleine spielt, sondern es ist ein Interagieren. Das führt übrigens auch dazu, dass viele der Kinder und Jugendlichen gut Englisch sprechen können, nur eben nicht das Oxford-Englisch, sondern eher das subkulturelle Getto-Englisch der Vorstädte. Das ist ein sehr interessantes Phänomen, dass bestimmte Expertisen in diesen Medienwelten und Erfahrungswelten ausgebildet werden. Es sind vielleicht nicht diejenigen, die wir hoch bewerten. Aber es sind Kompetenzen, die sich da herausbilden.

Wir haben uns als Bundeszentrale neben den TV-Projekten sehr schnell auf den Onlinebereich konzentriert und ein Damaskuserlebnis gehabt. Wir haben nämlich mit dem Projekt „YouTuber gegen Nazis“ im Dezember 2013 den Versuch gestartet, mit bekannten deutschsprachigen YouTubern eine Kampagne zu organisieren. Es gab einen Rapsong von Blumio namens „Hey, Mr. Nazi“, der für uns die Blaupause war. Er wurde mittlerweile 17,4 Millionen Mal im Netz heruntergeladen. Wir haben dann andere YouTuber gewonnen, Cover-Versionen dazu zu machen, also heute sagt man Remixes. Die haben wir alle zwei Tage an den Start gebracht und hatten innerhalb von drei Wochen vor den Weihnachtsferien im Dezember 2013 4,6 Millionen Downloads und jede Menge Kommentare und viele Diskussionen. Und keine einzige Tageszeitung, kein einziger Fernsehsender, kein einziger Radiosender hat registriert, was da im Netz vor sich ging. Das war für uns Anlass, uns generell auch als Institution aufzustellen, um in diesem Bereich der sozialen Medien strategischer zu operieren. Wir haben von diesem Projekt „YouTuber gegen Nazis“ auch gelernt, dass wir die Kommentarspalten moderieren müssen. Das haben wir bei dem ersten Projekt so noch nicht gesehen und auch nicht mit solchen Kontroversen gerechnet. Und natürlich waren viele der rechtsextremen Protagonisten auch auf der Seite und haben ihre Kommentare gepostet. Sich damit auseinanderzusetzen und politische Bildung als kontroverses Ereignis und



als kontroverse Interaktion an den Start zu bringen, war ein bisschen unser Ansatzpunkt.

Wir haben das bei dem Folgeprojekt mit der Beautybloggerin Hatice Schmidt zum Thema „Begriffswelten des Islam“ dann anders gemacht. Da hatten wir Expertinnen, die moderierend diesen Prozess begleitet haben. Es war ein sehr spezielles Thema und es war trotzdem ein sehr erfolgreiches Projekt mit ungefähr 1 Million Downloads.

Und Sie können die Uhr danach stellen, wenn die Bundeszentrale so ein Projekt anfasst, fragen ein halbes Jahr später die Lehrerinnen und Lehrer nach Bildungsmaterialien. Damit kann man sich dann noch Zeit lassen, bis dieses halbe Jahr vorbei ist und ordentlich pädagogisch arbeiten. Aber es vergeht eben etwas Zeit, bis das Projekt dann auch Lehrkräften bekannt wird. Es ist ja eigentlich auch gedacht als ein Projekt für Kinder und Jugendliche und nicht für die Lehrkräfte.

Die Formate, die wir verfolgen, sind weitestgehend Erklärfilme. Allerdings eben Erklärfilme nicht von den klassischen Erklärmenschen, sondern wir suchen „credible peers“, die also Personen, die in der Zielgruppe, die wir jeweils adressieren wollen, möglichst glaubwürdig sind. Und da war uns beispielsweise bei dem Thema „Fake News“ mit Blick auf wirklich bildungsbenachteiligte Schüler klar, dass wir es mit Mister Trashpack machen. Das ist ein sehr kerniger, eher proletarischer Typ, der in zehn verschiedenen Videofolgen Fake News erklärt und erklärt, wie man die unterscheiden kann von Real News. Das ist ein sehr erfolgreiches Projekt, mit dem wir auch wieder bis in den Bereich der didaktischen Materialien vorgestoßen sind, weil Lehrkräfte sich genau diese Kreditabilität leihen, die wir uns als politische Bildner leihen müssen, um eben bestimmte Themen der politischen Bildung aufzugreifen.

Ich gehe jetzt zu einem neuen Format, einem Messengerdienst, den wir im Jahr 2017 an den Start gebracht haben im Kontext der Bundestagswahl. Er hat von den Usern sehr schnell den Namen „deine tägliche Dosis Politik“

bekommen. Und es ist, wenn man so will, ein Service, den man früh um sieben auf sein Smartphone gespielt bekommt, wenn man ihn abonniert. Mittlerweile sind es 30.000 Abonnenten. Wir haben während der Bundestagswahl mit 2.000 angefangen. Und das Projekt ging sofort durch die Decke, weil es offenbar einen Bedarf bei Kindern und Jugendlichen gibt, mitzureden, sich auch um politische Fragen zu kümmern und sich dazu zu positionieren. Und „deine tägliche Dosis Politik“ ist ein relativ erfolgreicher Mitredeservice, der natürlich von Experten verfasst wird, aber sehr knapp und eher überblicksartig Wissen bereitstellt.

Wir machen natürlich auch eine Menge für Multiplikatoren in dem Bereich. Nur zwei Beispiele: werkstatt.bpd.de wendet sich an Lehrkräfte und versucht, digitale Formate sowohl online als auch praktisch in bestimmten Städten in kurzen Workshops zu testen und zu gucken, ob sie funktionieren oder ob man sie anpassen muss. Auch hier versuchen wir, mit dem Thema Beteiligung ernstzumachen und die Einbeziehung und die Teilhabe derjenigen, für die wir die Bildungsangebote entwickeln, auch als partizipative Prozesse auszugestalten.

Erwähnt sei dann noch ein Angebot, was schon sehr lange existiert und sehr erfolgreich bei den jüngeren, 8- bis 14-Jährigen ist, aber durchaus auch in den Vorschulbereich hineinragt. Das ist das Angebot „HanisauLand.de“. Das ist eher für Kinder und Familien gedacht und basiert auf einem wöchentlich jeweils neuerscheinenden Comic. Sie können sich vorstellen, wenn das solange existiert, haben wir einen halben Brockhaus damit gefüllt. Und das Spannende ist, dass diese Sache nicht nur online, sondern auch offline funktioniert, weil man Comics gerne auch mal gedruckt als Broschur zum Anfassen mag. Und wir haben anderthalb Millionen Exemplare von diesen Comics über die Bundeszentrale vertrieben. Da werden Fragen verhandelt, die im politischen Diskurs vorkommen. Also ein Angebot für 8-Jährige, dass das konstruktive Misstrauensvotum erklärt, ist schon eine mittlere Herausforderung. Aber es hat dazu geführt, dass wir auf jede Rückfrage, die von Kindern und



Jugendlichen kommen, reagieren. Wir haben ein Redaktionsteam, die eine Art Lexikon, ein permanent wachsendes Lexikon verfasst. Mittlerweile ist dieses Lexikon auch wieder in Buchpublikationen erschienen. Es ist natürlich auf dieser Kinderseite auch immer abrufbar. Und ein Verlag, wie der Campus-Verlag, hat sich sogar gemeldet und sich eine Lizenz der Bundeszentrale besorgt. Das heißt wir können langsam anfangen, mit diesen Projektideen Geschäfte zu machen. Es ist jedenfalls ganz spannend gewesen, dass der klassische verlegerische Bereich es auch sehr wertschätzt, diese Themen partizipativ zu erarbeiten und auf Fragen von Kindern und Jugendlichen zu reagieren.

Ich lasse es mal dabei, will nur ganz kurz noch auf fluter.de hinweisen. Das ist ein eher für bildungsaffines Publikum gedachtes Magazin der politischen Bildung. Es wird sehr stark wertgeschätzt von Abiturienten und jungen Leuten, die sich wirklich für Fragen der Politik und der Gesellschaft interessieren. Da spielt das partizipative Moment ebenfalls eine Rolle. Es sind nämlich die Jugendlichen selbst, die die Themen der Hefte mitbestimmen, also auch mal ein Thema wie das Urheberrecht vorschlagen. An dieser Stelle möchte ich nur nochmal deutlich machen: Themen wie Urheberrecht spielen für Jugendliche dann doch eine Rolle. Sie kennen diese Urheberrechtsdiskussion, die im Europaparlament stattgefunden hat. Und dort ist mit sehr viel Engagement und mit sehr viel Verve von Seiten von Jugendlichen ein Beteiligungsprozess im Zuge dieser Diskussion gestartet, der auch neue Formen von Kommunikation hervorgebracht hat. In dem Kontext der Kontroverse zwischen den Europaabgeordneten Voss und Wölken spielten dann Memes eine sehr starke Rolle, die von Jugendlichen als eine Art audiovisuelle Stempel kreiert und zu den jeweiligen Debatten beigetragen werden. Und darüber gibt es dann auch wieder einen Diskurs und eine Interaktion, welche Memes besonders kreativ oder politisch oder zugespitzt sind. Das sind also ganz eigene jugendkulturelle Ausformungen, die in dieser Diskussion stattfinden.

Ihre letzte Frage war, welche Veränderungen für die politische Partizipation durch Digitalisierung

ermöglicht werden? Da gibt es eine ganze Reihe von Fragen. Auf der einen Seite ist ganz klar, dass Bildungsprozesse und Lernprozesse sich verändern. Und zwar werden Kinder und Jugendliche selbst zu Co-Produzenten. Also man geht auch im Bildungsbereich dazu über, koedukativer zu arbeiten und nicht mehr sozusagen sich als Lehrender von oben herab an Kinder und Jugendliche zu wenden. Das sind im Kontext digitaler Medien eher überkommene Modelle, die nicht mehr funktionieren. Kinder und Jugendliche wollen an dem Prozess selbst beteiligt werden. Und Lehrkräfte fangen an, ihre Rolle als Begleiter und Gefährten von Bildungsprozessen zu definieren. Ähnlich ist es eigentlich auch in der politischen Bildung. Man wird sich nicht auf die Senderfunktion oder das Angebot selbst fixieren können, sondern man muss als politischer Bildner anpassen und bereit sein, eigene Fehler zu problematisieren. Es geht auch darum, dass man ganz andere Personalressourcen für solche Bildungsprozesse in den Blick nehmen muss, wenn es um die Moderation von Kommentarspalten geht. Das sind nicht einfache Projekte, die man in die Landschaft stellt, sondern die müssen sehr gut durchdacht sein, sehr stark zielgruppenorientiert sein und sehr stark justiert sein.

Vielleicht ein letzter Punkt in dem Zusammenhang, Plattformen wie WhatsApp, Messengerdienste usw. werden natürlich auch von extremistischen, populistischen oder verschwörungserzählenden Protagonisten genutzt. Das macht deutlich, dass wir es in diesen Medien immer auch mit einer Pluralität und Heterogenität von Alltagswelten von Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Deshalb haben wir als Institution oder Akteure von Bildungsprozessen eine sehr große Verantwortung, diese Prozesse auch zu begleiten. Der entscheidende Punkt ist, dass man sich als politischer Bildner nicht darauf beschränkt, dass bestimmte Diskurse in Filterblasen verbleiben, sondern dass man immer den Weg aus der Filterblase in die kongruierenden Diskurse baut, weil das Wesen politischer Bildung die Kontroverse ist, die Auseinandersetzung ist. Es sind die unterschiedlichen Perspektiven, und die fangen Sie nicht ein, wenn Sie sich in einer Echokammer bewegen, wo man immer das gesagt bekommt, was man selber glaubt und für richtig



hält.

Ich lasse es bei diesen Punkten und will abschließend kurz darauf hinweisen, dass wir es natürlich bei Beteiligungsfragen immer mit Qualitätsstandards zu tun haben. Es ist wichtig, dass man transparent macht, was an Beteiligungsmöglichkeiten existiert, dass man zielgruppenorientiert arbeitet und dass immer auch ein Nachdenken über den Zugang zu Beteiligung möglich ist. Prinzipiell heißt das: Beteiligung immer, Beteiligung für alle und nicht Beteiligung nur für ausgewählte Zielgruppen. Und wenn es zu Absprachen und Entscheidungen kommt, sind diese möglichst zeitnah umzusetzen. Sonst verlieren Kinder und Jugendliche auch sehr schnell das Interesse an bestimmten Themen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Krüger, für den sehr interessanten Einblick, der auch viele Facetten schon berührt hat.

Abg. **Johannes Huber** (AfD): Ich bedanke mich für den Vortrag, stelle aber doch auch einen Widerspruch fest, den ich meine, erkannt zu haben. Einerseits sprechen Sie ja richtigerweise an, dass die politische Diskussion auch immer eine Kontroverse ist. Dann haben Sie aber doch auch umfassend ausgeführt, dass Sie methodisch gewisse Kampagnen, wo man durchaus innerlich zustimmen kann, moderieren und gewissermaßen die Meinungsbildung auch steuern. Diesen Widerspruch möchte ich schon zurückgespiegelt haben, dass Sie einerseits für eine politische Kontroverse plädieren, andererseits dann im aktiven Tun doch eher eine gewisse Bandbreite eingrenzen wollen. Wie lösen Sie den Widerspruch auf?

Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung): Vielleicht ganz kurz, politische Bildung ist nie neutral gewesen in der Geschichte der Bundesrepublik, sondern immer normativ. Das heißt, unser Maßstab ist das Grundgesetz, sind die Grundrechte, die wir versuchen, in diesem Kontext immer zurück zu spiegeln. Das heißt also, wenn es eine bestimmte Position gibt, die vertreten wird, dann versuchen wir die nicht sofort zu diskreditieren, sondern im

Diskurs sofort zu realisieren, welche Normen und Werte sich dahinter verbergen, was für andere Positionen es gibt und welche Normen auch grundgesetzlich geschützt sind. Das ist ja Auftrag der politischen Bildung und nicht sozusagen ein „Anything goes“ oder gar einer Agitation und Propaganda für bestimmte dezidierte Positionen zu verfolgen. Es geht um Normen, auf die sich diese Republik mit dem Grundgesetz verständigt hat, und die gilt es, in der politischen Bildung zu verhandeln und zu diskutieren. Und es ist nicht eine Steuerung im Sinne von Agitation und Propaganda. Und ich weiß, wovon ich spreche. Ich bin in der DDR groß geworden. Es geht immer um die Pluralität, um eine Normenpluralität, aber um eine, die gedeckt ist durch einen grundgesetzlichen, also ein verfassungsrechtlichen Rahmen. Bestimmte, die Normen überschreitende Fragestellungen, also rassistische Positionen beispielsweise oder Herabsetzung bestimmter religiöser Positionen, sind eben nicht durchs Grundgesetz gedeckt, sondern sind in solchen Bildungsprozessen zu problematisieren. Und das hat nichts mit Steuerung in dem Sinne zu tun, dass man eine bestimmte Meinung oktroyiert, sondern damit, dass man Normen und Werte im Kontext von politischen Bildungsprozessen immer in die Debatte einspielt und deutlich macht, dass die Leitschnur eben nicht irgendeine Position ist, die man sich gerade denkt oder die sehr einseitig ist, sondern eine, die sich im Kontext der Bandbreite der Normen des Grundgesetzes bildet.

Vorsitzender: Vielen Dank. Noch eine Nachfrage dazu?

Abg. **Johannes Huber** (AfD): Soweit ist das deutlich geworden. Das war auch geschickt rhetorisch gelöst aus meiner Sicht. Ich möchte aber nochmal darauf klopfen und fragen, wo die Grenze denn ist. Ich sage mal, der weichste Begriff, den Sie genannte haben, war der Populismus. Wo beginnt für Sie als Bundeszentrale für politische Bildung der Populismus, auch in diesen Foren? Um das vielleicht anschaulich zu machen: Bei welchen Begriffen oder bei welchen Aussagen fängt bei Ihnen der Populismus an?



Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung): Ja, der Populismusbegriff ist ein sehr umstrittener Begriff. Sie finden populistische Figuren eigentlich in der Geschichte der Bundesrepublik in jedem parteipolitischen Spektrum immer wieder. Die Frage ist, welchen Populismusbegriff verwendet man und welche Normen und Werte stehen jeweils dahinter. Das ist die kontroverse Debatte derzeit in der Populismusdiskussion. Ist das eher eine Frage einer Fokussierung auf ganz bestimmte Positionen, die man allen in der Gesellschaft oktroyieren möchte oder ist es ein Aspekt, der im Populismusbegriff ja auch abgebildet ist, nämlich populär, vereinfachend zu argumentieren. Beides ist in der Wissenschaft als Position vertreten, aber wir diskutieren derzeit ja nicht über Populismus an sich, sondern wir diskutieren derzeit über Populismus in seiner beispielsweise rechtspopulistischen Form der bewussten Herabsetzung bestimmter Positionen. Und zumindest das ist in einer Demokratie immer zu problematisieren. Deshalb setzen wir uns auch kritisch mit diesen Formen von Herabsetzung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit z. B. auseinander.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Krüger. Dann hat sich Kollegin Rüttrich und danach Kollege Müller und dann Frau Schneidewind-Hartnagel zu Wort gemeldet.

Abg. **Susann Rüttrich** (SPD): Vielen Dank auch für die nochmal sehr praktischen und anschaulichen Beispiele für politische Bildung von Kindern und Jugendlichen. Wir kommen beide aus der politischen Bildungsarbeit und ich glaube, wir sind uns einig bei dem Punkt, dass Kinder und Jugendliche nicht unpolitisch sind, sondern im Zweifel anders politisch, als das unsere Generation so vielleicht gewohnt ist und es auch erkennt. Und ich würde jetzt gern so ein bisschen auf die Metaebene gehen, weil auch die politische Bildung ja kein Selbstzweck ist, damit man irgendwie gute Inhalte und Werte los wird. Hier in der Tagesordnung steht, die Kinder und Jugendlichen sollen ja auch dazu befähigt werden, die Zukunft zu gestalten. Mir liegt immer daran, dass sie nicht nur die Zukunft gestalten, denn sie sind ja heute schon da. Sie sollten heute

mitgestalten können, von der Kita angefangen bis zur Schule, Freizeiten usw. Kannst Du vielleicht etwas zu den Rahmenbedingungen sagen, die Kinder und Jugendliche brauchen, damit diese politische Bildung wirksam wird, um sich selbst politisch repräsentiert zu fühlen von Kindesbeinen an, von der Schule bis bei Fragen von Wahlen. Und wir haben jetzt in der Coronakrise gerade gemerkt, dass es eine ganze Weile gedauert hat, bis die Kinder und Jugendlichen nicht hauptsächlich als Vireenträger, sondern dass sie auch als Rechtsträger wahrgenommen wurden. Das schien manchmal ein bisschen außen vor zu bleiben. Wir haben hier natürlich immer die munteren Debatten vom Wahlalter bis „Kinderrechte ins Grundgesetz“. Dazu gehört für mich ein bisschen der Kontext der politischen Bildung mit dem Ziel, sich einbringen zu können. Können sie das denn schon ausreichend?

Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung): Ja, das ist natürlich sozusagen der kinderrechtliche Aspekt, den Du ansprichst. Das ist natürlich der konkrete durchaus auch strittige und kontrovers debattierte Aspekt. Kinder werden, wenn man so will, als noch nicht Mündige diskutiert. Wenn wir aber über Beteiligung und Teilhabe im politischen Bereich sprechen und das auch befürworten, wollen wir ja gerade, dass Kinder und Jugendliche selbst Gehör finden und Gehör haben. Das haben sie sehr oft nicht, weil ihre Interessen und ihre Stimmen im allgemeinen politischen Diskurs immer von anderen mitvertreten werden, aber nicht von ihnen selbst vertreten werden. Insofern ist die Diskussion über „Kinderrechte ins Grundgesetz“ oder auch die Diskussion über konkrete Beteiligungsformen, beispielsweise die Herabsetzung des Wahlalters, eine Diskussion, die auf diese Visibilität, auf das Hörbarmachen, auf das selbst als Subjekt ins Spiel kommen, abhebt. Damit knüpft sie eigentlich an den UN-Kinderrechten an, die Teilhabe und Beteiligung als einen der drei großen wesentlichen Blöcke in der Kinderrechtskonvention festschreiben neben dem Schutz und den Förderungsaspekten. Und ich glaube, dass diese Diskussion in der Gesellschaft geführt werden muss und die politische Bildung natürlich einen Beitrag leisten kann. Einen Beitrag auch, um öffentliche Räume



abzustecken, um Hörbarkeiten herzustellen, um auch intergenerationelle Debatten anzustoßen und Kindern und Jugendlichen ein stärkeres Gewicht in der Gesellschaft zu geben.

Wir haben ja allen Grund aufgrund der demografischen Herausforderungen, Kindern und Jugendlichen ein stärkeres Augenmerk zu geben, weil immer weniger erwachsen werdende Menschen, Kinder und Jugendliche müssen später die Rente von immer mehr älteren Menschen tragen, wenn es bei der Umlagefinanzierung bleibt. Und das heißt, wir muten Kindern und Jugendlichen in der Zukunft eine ganze Menge zu, hören sie aber heute in der Gegenwart eher unterproportional und meinen, ihre Interessen vertreten zu können. Und politische Bildung möchte eben ermutigen, Leute in die Lage zu versetzen, selbst ihre Interessen zu vertreten und eben dies nicht passiv, sondern aktiv zu tun.

Vorsitzender: Vielen Dank.

Abg. **Norbert Müller** (DIE LINKE.): Vielen Dank nochmal für Deinen Vortrag. Du hast die Kooperation mit RTL 2 angesprochen, YouTube-Geschichten, diesen Messengerdienst. Das sind ja aber alles eigentlich „one way“-Kommunikationen, die nicht wirklich partizipativ sind. Mich würde interessieren, wie ihr das auflöst? Den Hinweis auf die Kommentarspalten bei YouTube hat es schon gegeben. Aber das Interessante an der politischen Bildung ist ja da die Kontroverse, und nur zu senden über Fernsehen und YouTube ist ja keine wirkliche Partizipation.

Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung): Um das Beispiel dieses Messengerdienstes zu nehmen. Der ist sehr interaktiv ausgelegt. Es gibt eine Redaktion, die diese täglichen Services bereitstellt, die aber auch befragt wird durch die Jugendlichen, die diesen Dienst abonnieren und die zu der einen oder anderen Frage eine Nachfrage stellen oder auch Impulse geben, welches Thema sie sich eigentlich wünschen. Und das ist mittlerweile die Hälfte des Overheads der Arbeit dieser Redaktion, auf diese Anfragen und Nachfragen, auf das dialogische

Prinzip einzugehen und auf diese Art und Weise eben nicht nur eine „one way“-Geschichte an den Start zu bringen, sondern tatsächlich Interaktion zu pflegen. Eine andere Geschichte ist der erste Twitterkanal der Bundeszentrale, der eigentlich auch deutlich macht, dass Kinder und Jugendliche gar nicht groß nachfragen, ist das ein „one way“-Angebot oder ist es eine Interaktion. Der erste Twitterkanal hieß „Frag die bpb“ und die ersten, die gefragt haben, waren Schüler, die sich die bpb als Hausaufgabenhilfe organisiert haben. Die haben dann gefragt, wo kann ich denn was erfahren zu dieser oder jener Frage. Und wir haben dann mit den zur Verfügung stehenden Zeichen einen entsprechenden Link abgesetzt, wo man mehr lesen kann. Wir haben natürlich nicht die Frage abschließend beantwortet, sondern nach dem Motto, „wir nehmen dir nicht die Hausaufgaben ab, sondern du musst dir schon die Mühe machen, das ein oder andere zu lesen.“ Aber viele haben das tatsächlich als Service genutzt, um im Hausaufgabenbereich sich selbst zu optimieren.

Und wir haben versucht, bei all diesen Projekten immer tatsächlich auch die Dimension von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen, die das als ihre Angebote nutzen können. Also beispielsweise die Webseite „spielbar.de“, die in einem Gamebereich sowohl für Eltern und für Lehrkräfte, aber auch für User und Gamer kommentierte Spiele bereitstellt. Auch das ist sozusagen keineswegs ein „one way“-Angebot, sondern funktioniert immer interaktiv. Es gibt Nachfragen, es gibt sehr viele interessante Diskussionen, die dort stattfinden. Und es geht darum, dass die eigene Meinung durchaus abweichen kann von pädagogischen Empfehlungen und dass man auch eine Ambiguitätstoleranz entwickelt und nicht jedes Ergebnis als Bildungsprozess schon vorschreibt. Demokratie heißt auch, dass man sich in einer bestimmten Bandbreite bewegen kann und von sehr kritischen Positionen bis hin zu sehr konservativen Positionen alles vertreten kann, was eben im normativen Rahmen des Grundgesetzes möglich ist. Und das wird dezidiert auch unterstützt durch diese Bildungsarbeit.



Aber wie gesagt, selbst diese Fernsehformate mit RTL 2 sind immer interaktiv ausgelegt, es gibt entsprechende landing pages, wo man auf Formate kommt, die sich mit den Themen Antiziganismus, Antisemitismus auseinandersetzen. Das war so eine Reihe von Reality Soaps gewesen, die wir mit RTL 2 produziert haben. Da ging es um Situationen im Alltag, in denen Antisemitismus, Antiziganismus vorkamen und thematisiert wurden, wie Menschen darauf reagieren. Und das ist natürlich verhandelt und diskutiert worden. Und das ist dezidiert unser Bildungsziel, auf diese Kontroversen und Diskussionen hinzusteuern und nicht irgendwie ein Service, um Unterhaltung bereitzustellen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Frau Schneidewind-Hartnagel und dann hat sich Herr Huber gemeldet.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst einmal vielen herzlichen Dank für alle Ihre Ausführungen, und ich lese ja immer noch gern den „Fluter“, wenn ich mal dazu komme.

Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung): Sie sind aber nicht die Zielgruppe.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ich habe eine Frage in einem ganz anderem Bereich, und zwar: Sehen Sie unterschiedliche Zugangsverhalten und Erreichbarkeiten unter gendersensiblen Aspekten, was die politische Bildung betrifft, und wenn ja, welche wären das?

Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung): Ja, also wir haben die Erfahrung gemacht, dass man bei diesen ganzen Angeboten unglaublich präzise sein muss, was die Zielgruppenadressierung betrifft. Aktuell gibt es ein Projekt, was sich vor allem an Mädchen und junge Frauen namens „say my name“ wendet. Das ist auch eine Webvideoreihe. Und es ist nicht einfach, in der Projektentwicklung genau zu

justieren, damit es bei den entsprechenden Leuten auch ankommt, die adressiert und erreicht werden sollen. Da machen wir eine grundsätzliche Erfahrung – weggehen von klassischen politischen Bildnern hin zu glaubwürdigen Peers. Der Schlüssel dafür, die Zielgruppe wirklich zu erreichen, ist immer ein möglichst glaubwürdiger Multiplikator, der in der jeweiligen Community bekannt ist, etwas zählt und kredibel ist. Das ist das Nadelöhr, durch das man mit diesen Projekten durch muss. Und wenn es dann da auch gelandet ist, dann multipliziert sich das von selbst und man kommt auch ganz anders an die Zielgruppe heran. Wir haben es uns also abgewöhnt, lehrmeisterlich immer als politische Bildner aufzutreten. Also das beste Beispiel ist eigentlich diese Beautybloggerin Hatice Schmidt, die „Travelling Islam“ mit uns gemacht hat. Das sind Erklärfilme über Begriffe in der islamischen Religion, die im Kontext realisiert werden. Wir haben das mit Islamwissenschaftlern der Uni Frankfurt gemeinsam entwickelt. Das sind alles geskriptete Texte für die Erklärfilme, hochprofessionell gemacht mit professionellen Studios usw. Aber es ist eben diese Beautybloggerin, die normalerweise Schminke und Lippenstift auf ihrem Kanal anpreist, die sagt, „Ich habe hier Unterstützung von der Bundeszentrale. Es wird auch alles transparent gemacht, aber ich wollte euch gerne zu diesem Thema das und das sagen und zur Diskussion stellen.“ Und dann besucht sie auch Fachleute, die auch durchaus kontrovers mit diesen Begrifflichkeiten umgehen und versucht, einen Meinungsbildungsprozess in Gang zu setzen. Und es war spannend, dass sofort, vier Stunden hat es gedauert, die salafistische Szene auf diesen Seiten war und versucht hat, das für ihre Zwecke zu nutzen. Und darauf waren wir eben vorbereitet, weil wir Experten hatten, die diesen Prozess moderiert haben, die sofort auf diese Intervention zugegangen sind, sie eingeordnet haben und auch kenntlich gemacht haben, was hinsichtlich der Begriffsdefinition und Begrifflichkeiten bei Salafisten anders ist als im gemäßigten Islam. Und das ist ein bisschen der Versuch gewesen, in diesem Bereich einzusteigen. Mit einer Beautybloggerin haben die Salafisten nicht gerechnet.

Vorsitzender: Wahrscheinlich nicht. Dazu gab es



eine ganz kurze Nachfrage, deswegen will ich einmal Frau Rührich noch das Wort geben und dann ist Herr Huber an der Reihe.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Das ist nur eine ganz neugierige Nachfrage, weil ich glaube, dass es nicht leicht ist, die entsprechenden Multiplikatoren zu finden, also dann auch treffgenauer diese Bloggerin zu gewinnen. Habt Ihr da ein Geheimnis, wie Ihr diese Personen findet. Eure Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ja nicht selber 16-Jährige, die sich in diesen Communitys tummeln?

Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung): Nein, das ist nicht leicht. Aber wir haben in der Bundeszentrale eine relativ umfassende Volontärsausbildung. Und das sind zumindest die älteren Geschwister der Zielgruppe und die wissen relativ viel. Das ist sozusagen unsere eine Quelle. Wir testen dann auch mal bei unseren Volontären so ein Format. Wir machen das jetzt schon seit acht Jahren im Onlinebereich. Da hat man dann irgendwann auch Expertise im Feld von Produzenten, von Leuten, die sich mit diesen Entwicklungen im Netz beschäftigen, auch dazu, welche Kanäle jetzt eine Rolle spielen, die auch im präventiven Bereich in den digitalen Medien unterwegs sind. Dass russische extremistische Propaganda beispielsweise auf VK ausgewichen ist, muss man erstmal identifizieren, um dann zu intervenieren und darauf auch zu reagieren. Also es sind unterschiedliche Informationsquellen, die wir beziehen sowohl aus dem Expertenfeld, aus dem Fachfeld von Produzenten und von Leuten, die das kritisch begleiten, bis hin zu „Inhouse“-Expertise über unsere Volontäre und Auszubildenden, die wir natürlich immer konsultieren.

Vorsitzender: Herr Huber.

Abg. **Johannes Huber** (AfD): Influencer sind ja in Mode. Rezo ist ja bekanntgeworden, der von der Firma Ströer engagiert wurde, um auch für den Europawahlkampf der Grünen nochmal zu helfen. Wurde auch Hatice Schmidt finanziell entschädigt? Ich möchte noch einmal weitergehend fragen. Den Auftrag der

Bundeszentrale für politische Bildung habe ich natürlich verstanden. Das Thema ist heute auch Partizipation. Sie wollen natürlich Ihre Zielgruppe erreichen. Ich habe eine Nachfrage dazu, wo die Grenzen verlaufen. Sie haben das Thema Religion als Beispiel erwähnt. Wo sind hier möglicherweise Grenzen in der einen oder anderen Richtung? Wo ist die Grenze in der Religionskritik? Einerseits in der Qualität der Auseinandersetzung, andererseits vielleicht auch in verschiedenen Formen? Was ist die Grenze beim Islam, was ist die Grenze beim Christentum? Und die letzte Frage: Wenn Sie Rechtspopulismus aufzuklären versuchen, wollen Sie auch Linkspopulismus aufklären?

Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung): Ich fange mit der Entschädigungsfrage an. Alle Autorinnen und Autoren, die mit der Bundeszentrale zusammenarbeiten, ob sie nun ein Essay in der Beilage aus Politik und Zeitgeschichte schreiben oder ob sie bei einem Webvideo entsprechend mitwirken, werden von uns entschädigt. Aber eben nicht zu Traumhonoraren, die von einzelnen Influencern durchaus aufgerufen werden, die möglicherweise denken, die Bundeszentrale ist wie jedes andere Unternehmen, was Produkte verkauft. Wir hatten ursprünglich auch mal zu einem relativ frühen Zeitpunkt Kontakte zu Rezo, um mit ihm zusammenzuarbeiten. Das war so ein Fall, der für uns nicht in Frage kam, weil dort Honorare aufgerufen wurden, die für uns inakzeptabel sind. Und das war weit vor der den in Rede stehenden Videos. Wir versuchen, unseren Bildungsauftrag zu realisieren und sagen auch den Influencern, dass wir hier einen öffentlichen Auftrag haben und eben nicht sozusagen eine Kuh sind, die gemolken werden kann.

Sie haben zum Thema Stichwort „Religion“ gefragt. Wir haben seit Kurzem eine Referentin, die sich mit dem Thema Religion und politische Bildung beschäftigt. Wir versuchen, hier auf keinen Fall Religion zu inkriminieren, sondern die Grenzen von Religion und einer extremen Religiosität, die wieder ausgrenzenden Charakter hat, zu thematisieren und zu problematisieren. Wir versuchen auf der anderen Seite aber auch,



die postsäkularen Bedürfnisse einer Gesellschaft, die mit Religion nicht mehr so viel anfangen kann, zum Thema zu machen. Das gehört auch in den Kontext hinein. Es geht eigentlich darum, wie sich religiöse Menschen und säkulare Menschen verständigen, gemeinsam in einer Gesellschaft ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe zu realisieren. Und da gibt es bestimmte Grenzen, die problematisiert werden müssen, aber es geht eben auch darum, um Verständnis für Religion und religiöse Haltung zu werben.

Sie werden, wenn Sie in den Onlineangeboten der Bundeszentrale blättern, entgegen aller Gerüchte ein relativ umfassendes Angebot zum Thema Linksextremismus und auch Linkspopulismus finden, sowohl was Publikationen betrifft als auch was Onlineangebote betrifft als auch was die Beilage aus Politik und Zeitgeschichte betrifft. Das sind immer wieder Themen, mit denen wir uns auseinandersetzen. Wir sind entgegen anderslautenden Gerüchten auf dem linken Auge nicht blind, aber wir sehen ganz eindeutig derzeit einen Schwerpunkt in unserer Arbeit in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und dem Rechtspopulismus. Das heißt aber nicht, dass wir Linkspopulismus als Thema der politischen Bildung ausblenden. Ich würde mit Fug und Recht von unserer Institution behaupten, dass sie die umfassendsten Ausführungen und Angebote auf der Webseite bzw. im Publikationsangebot dazu anbietet, was aktuell ist und debattiert wird. Da verstecken wir uns nicht.

Vorsitzender: Vielen Dank. Jetzt hätte ich noch eine abschließende Frage mit einem etwas verschobenen Schwerpunkt. Und zwar ist es gerade ein Stück weit stichpunktartig in den Raum geworfen worden. Ein Teil der Partizipation ist auch das Wahlrecht. In dem Zusammenhang wird ja von einigen Seiten unterstellt, dass Jugendlichen das Verständnis fehlen würde, zu einer Meinungsbildung zu kommen, um darüber auch Wahlrecht abzuleiten. Ich würde in dem Zusammenhang Ihre Einschätzung sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht betreffend interessieren.

Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für

politische Bildung): Also jetzt bin ich ein bisschen hin- und hergerissen, weil ich neben meiner hauptamtlichen Funktion als Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung ja auch eine ehrenamtliche begleite, nämlich seit 1995 als Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks. Da würde ich gerne hinsichtlich meiner beiden Ämter eine Differenzierung vornehmen.

Als Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks: Wir setzen uns sehr stark für die Kinderrechte ein und sind eigentlich in der Wahlrechtsdebatte immer sehr offensiv gewesen. Wir unterscheiden auch zwischen dem aktiven und dem passiven Wahlrecht, glauben aber, dass Kinder und Jugendliche durch eine relativ intensive Befassung mit Fragen der politischen Bildung in der Schule relativ viel wissen. Sie sind übrigens die größten Kritiker einer Absenkung des Wahlalters bei Kindern und Jugendlichen selbst. Das heißt, es ist durchaus umstritten bei Kindern und Jugendlichen, ob man das Wahlalter weiter absenken soll. Auf der anderen Seite würde ich als Kinderrechtropolitiker immer argumentieren, was wir Kindern eigentlich zumuten? Was verlangen wir von ihnen auch an Konsequenzen in ihrem eigenen Tun und Handeln? Und wir alle wissen, mit 14 sind Kinder religionsmündig und können auch gegen ihre Eltern sich für eine Religionszugehörigkeit entscheiden. Die EC-Kartenfähigkeit gibt es mit 14. Es gibt die Strafmündigkeit nach dem Jugendstrafrecht mit 14. Das heißt also, 14-Jährigen wird eine ganze Reihe von sehr eigenverantwortlichen Konsequenzen aus ihrem Tun und Handeln zugemutet, aber ausgerechnet die Beteiligung an Wahlen nicht, obwohl sie sich aufgrund ihrer Expertise in politischer Bildung und auch der eigenen Befassung mit politischen Fragen durchaus positionieren können. Und würde man einen Wissenstest realisieren zwischen einem durchschnittlich 14-Jährigen und einem durchschnittlich 56-Jährigen oder einer 56-Jährigen, dann bin ich mir nicht sicher, wer in diesem Wissenstest in Sachen politischer Bildung und Wahlrecht besser abschneidet. Insofern gibt es eine gewisse Problemlage, wenn wir argumentieren, Kinder sind noch nicht so weit. Das kann man vielleicht für das passive Wahlrecht sagen, dass also das Ermessen von Entscheidungen und das Treffen von



Entscheidungen in einem Wahlamt oder Mandat vielleicht von 14-Jährigen noch nicht umfänglich realisiert werden kann. Aber das aktive Wahlrecht, das sehe ich als Kinderrechtler schon als realisierbar und notwendig an, zumal in einer Gesellschaft, in der es eine demografische Herausforderung ungeahnten Ausmaßes gibt. Das heißt die Kinder und Jugendlichen sind prozentual ein relativ kleiner Teil der Gesellschaft und ausgerechnet über die Bildungs-, Jugend- und Kinderpolitik können Kinder und Jugendliche selber nicht mitbestimmen. Das ist das große Problem, der große Widerspruch in diesem Zusammenhang. Deshalb mache ich mich persönlich in meinem Ehrenamt stark für eine weitere Absenkung des Wahlalters. Sie haben schon an meinen Argumenten gemerkt, dass mir die 14 aufgrund der anderen Verantwortlichkeiten, die man Kindern und Jugendlichen zumutet, eine Richtschnur in der Diskussion ist.

Aber als Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung folge ich natürlich dem Mäßigungsgebot und lege mich in dieser Frage nicht fest. Und wenn ich mich festlege, dann dafür, mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in politischen Bildungsprozessen zu organisieren und sie auch in ihre eigenen Bildungsprozesse als Experten ihres Alltag mit einzubeziehen. Das ist etwas, was sicherlich wenig umstritten in der politischen Bildung stattfinden kann.

Vorsitzender: Vielen Dank für die Einschätzung. Gibt es weitere Fragen? Das sehe ich, ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich bei Ihnen für den sehr intensiven Austausch und würde dann die Sitzung schließen. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 16.24 Uhr

Matthias Seestern-Pauly, MdB
Vorsitzender